

# Amtsblatt

## für den Regierungsbezirk Arnsberg

mit Öffentlichem Anzeiger

Ausgegeben in Arnsberg am 30. Juni 1990

Nr. 26

### Inhalt:

**A. Runderlasse und Mitteilungen der Landesregierung und der obersten Landesbehörden**  
Bekanntmachung des Landesoberbergamtes Nordrhein-Westfalen S. 271

**B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen des Regierungspräsidenten**  
Verordnungen

Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage - Huckesohl der Stadt Winterberg - Wasserschutzgebietsverordnung Huckesohl S. 271 - Berichtigung S. 276

#### Rundverfügungen

5 Kataster- und Vermessungsangelegenheiten: Vertretung eines Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs S. 276 - Vermessungsgenehmigung II bei Katastervermessungen S. 278 - Erdschen einer Vermessungsgenehmigung II S. 276

#### Bekanntmachungen

Ungültigkeitserklärung gem. § 17 Abs. 7 des Personenbeförderungsgesetzes S. 277

**C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen**

Antrag der Firma Elektro- und Gas-Armaturen-Fabrik GmbH, Lindenbergsstraße 1, 5800 Hagen 5, vom 8. 6. 1990, auf Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Schmelzanlage für NE-Metalle und der Druckgießmaschinen in 5800 Hagen-Hohenlimburg, Färberstraße 4, gemäß § 15 BImSchG S. 277 - Öffentliche Bekanntmachung der Neufestsetzung einer Ortsdurchfahrt im Gebiet der Stadt Werdohl Ortsteil Bärenstein S. 277 - Öffentliche Bekanntmachung der Neufestsetzung einer Ortsdurchfahrt im Gebiet der Stadt Altena S. 278 - Aufgebote der Sparkasse Bochum S. 278 - Aufgebote der Sparkasse Ennepetal-Brecklerfeld S. 278 - Aufgebote der Sparkasse Hattingen S. 278 - Aufgebote der Stadtsparkasse Herdecke S. 278 - Aufgebote der Stadtsparkasse Lippstadt S. 278 - Aufgebote der Stadtsparkasse Marsberg S. 279 - Aufgebote der Sparkasse Menden S. 279 - Aufgebote der Städtischen Sparkasse zu Schwalm S. 279 - Aufgebote der Sparkasse Soest S. 279 - Aufgebote der Stadtsparkasse Sprockhövel S. 279 - Aufgebote der Sparkasse Werl S. 279 + 280 - Aufgebote der Stadtsparkasse Witten S. 280

**E. Sonstige Mitteilungen**

Hinweis S. 281

## A Runderlasse und Mitteilungen der Landesregierung und der obersten Landesbehörden

### 823. Bekanntmachung des Landesoberbergamtes Nordrhein-Westfalen

Landesoberbergamt Dortmund, 20. 6. 1990  
Nordrhein-Westfalen  
- k 12-4.1-1-4 -

Die Ruhrkohle Westfalen AG in 4600 Dortmund 1 hat den Weiterbetrieb einer Anlage zur thermischen Reinigung von durch Kokereiprodukten verunreinigten Böden auf dem Gelände der ehemaligen Kokerei Königsborn 3/4 in 4703 Bönen, Gemarkung Bönen, Flur 21, nach § 4 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) in der derzeit gültigen Fassung beantragt.

Die Errichtung und der bisherige Betrieb der Anlage erfolgten als Versuchsanlage aufgrund von Genehmigungen durch das Landesoberbergamt NW, Goebenstr. 25 in 4600 Dortmund. Der beantragte Weiterbetrieb wird erforderlich, um eine vollständige Erforschung der Anlage sicherzustellen.

Das Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG bekanntgemacht. Der Antrag liegt in der Zeit vom 11. 7. 1990 bis zum 10. 9. 1990 während der Dienststunden im Planungsamt der Gemeinde Bönen, Woortstr. 110, 4703 Bönen, Zimmer 311 sowie beim Landesoberbergamt NW in 4600 Dortmund, Goebenstr. 25, Zimmer 108 a, zur Einsichtnahme aus. Etwaige Einwendungen gegen das Vorhaben können während der zweimonatigen Auslegung bei den Auslegungsstellen schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden. Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen,

die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Die Einwendungsschreiben werden an den Antragsteller weitergeleitet. Auf Verlangen des Einwenders werden dessen Name und Anschrift unkenntlich gemacht, soweit die Angaben nicht zur Beurteilung des Inhalts erforderlich sind.

Die Erörterung der form- und fristgemäß erhobenen Einwendungen findet am 3. Oktober 1990 um 10.00 Uhr vormittags in der Gaststätte Middendorf, Bahnhofstr. 32 in 4703 Bönen, statt.

Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Ausbleiben der Antragstellerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert. Die Zustellung der Entscheidung über Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Im Auftrag: gez. Schonefeld

Abl. Reg. Abg. 1990, S. 271

## B Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen des Regierungspräsidenten

### VERORDNUNGEN

#### 824. Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage - Huckesohl der Stadt Winterberg - Wasserschutzgebietsverordnung Huckesohl -

Inhalt:

- § 1 Räumlicher Geltungsbereich
- § 2 Begriffsbestimmungen

- § 3 Schutz in der Zone II
- § 4 Schutz in der Zone I
- § 5 Militärische Übungen und Liegenschaften
- § 6 Duldungspflichten
- § 7 Genehmigungen
- § 8 Befehle
- § 9 Entschädigung und Ausgleichszahlungen
- § 10 Überwachung
- § 11 Ordnungswidrigkeiten
- § 12 Andere Rechtsvorschriften
- § 13 Inkrafttreten

#### Aufgrund

- der §§ 19 und 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1986 (BGBl. I S. 1529, 1654),
- der §§ 14, 15, 116, 117, 136, 137, 138, 141, 150, 161 und 167 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09. Juni 1989 (GV. NW. S. 384), zuletzt geändert durch § 51 des Gesetzes über Enteignung und Entschädigung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesenteignungs- und Entschädigungsgesetz - EEG NW.) - GV. NW. S. 365,
- der §§ 12, 25, 27, 28, 29, 30, 33 und 34 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NW. S. 528/SGV. NW. 2060), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes vom 07. März 1990 (GV. NW. S. 201)

wird im Einvernehmen mit dem Landesoberbergamt des Landes Nordrhein-Westfalen verordnet:

### § 1

#### Räumlicher Geltungsbereich

- (1) Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutze des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Huckesohl der Stadt Winterberg (begünstigter Unternehmer im Sinne von § 15 Abs. 1 LWG) ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.
  - (2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die engere Schutzzone (Zone II) und in den Fassungsbereich (Zone I).
  - (3) Das Wasserschutzgebiet erstreckt sich auf die Gemarkung Niedersfeld und Siedlinghausen der Stadt Winterberg.
  - (4) Über das Wasserschutzgebiet mit seinen Schutz-zonen gibt die als Anlage zu dieser Verordnung angefügte Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000 einen Überblick. Im einzelnen ergibt sich die genaue Abgrenzung des Wasserschutzgebietes und seiner Schutz-zonen aus der Schutzgebietskarte im Maßstab 1 : 5000. Hier sind die Zone II grün und die Zone I rot dargestellt.
- Übersichtskarte und Schutzgebietskarte sind Bestandteil dieser Verordnung. Die Verordnung liegt vom Tag des

Inkrafttretens an zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden bei folgenden Behörden aus:

1. Regierungspräsident Arnsberg  
- Obere Wasserbehörde -  
5760 Arnsberg 2
2. Oberkreisdirektor  
- Untere Wasserbehörde -  
des Hochsauerlandkreises  
5778 Meschede
3. Stadtdirektor  
5788 Winterberg

### § 2

#### Begriffsbestimmungen

(1) Wassergefährdende Stoffe im Sinne dieser Verordnung sind feste, flüssige oder gasförmige Stoffe, die sich im Wasser lösen, sich mit diesem vermischen, an seinen Inhaltsstoffen haften oder seine Oberfläche bedecken und dadurch die physikalischen, chemischen oder biologischen Eigenschaften des Wassers nachteilig verändern können, insbesondere

- Säuren, Laugen,
- Alkalimetalle, Siliciumlegierungen mit über 30 v.H. Silicium, metallorganische Verbindungen, Halogene, Säurehalogenide, Metallcarbonyle und Beizsalze,
- Mineral- und Teeröle sowie deren Produkte,
- flüssige und wasserlösliche Kohlenwasserstoffe, Alkohole, Aldehyde, Ketone, Ester, halogen-, stickstoff- und schwefelhaltige organische Verbindungen,
- biologische und chemische Mittel für Pflanzenschutz, zur Schädlings- oder Aufwuchsbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung (Pflanzenschutzmittel),
- Gifte,
- organische Lösungsmittel,
- radioaktive Stoffe,
- Jauche, Gülle und mineralische Düngemittel,
- Silagesickersaft und Molke,
- Klärschlamm,
- Fäkalien.

Zu diesen gehören auch die im Katalog wassergefährdender Stoffe vom 01. 03. 1985 (GMBl. S. 175), vom 08. 05. 1985 (GMBl. S. 369) und vom 26. 04. 1987 (GMBl. S. 294) aufgeführten Stoffe.

(2) Abwasser im Sinne dieser Verordnung sind das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser (Schmutzwasser) sowie das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende oder gesammelte Wasser (Niederschlagswasser). Als Schmutzwasser gelten auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten.

(3) Gülle im Sinne dieser Verordnung sind die Gemische aus Kot- und Harnausscheidungen von Rindern, Schweinen oder Geflügel, auch vermischt mit Abwasser sowie deren natürliche Umwandlungsprodukte. Zur Gülle

im Sinne dieser Verordnung gehören auch die Ausscheidungen von Geflügel ohne Zusatz von Abwasser sowie deren natürliche Umwandlungsprodukte (Geflügelkot).

Jauche im Sinne dieser Verordnung sind die Harnausscheidungen von Rindern und Schweinen, auch vermischt mit Abwasser, Einstreu oder Futterresten.

(4) Wassergefährliche Anlagen im Sinne dieser Verordnung sind Betriebe, die wassergefährdende Stoffe, Abwasser oder Kühlwasser abstoßen oder in denen regelmäßig mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen wird, insbesondere,

- Akkumulatorenfabriken,
- Beizereien,
- Lackier- und Entlackungsbetriebe, andere Betriebe, die ätzende Flüssigkeiten verwenden,
- chemische Fabriken,
- Erdölraffinerien, Großtanklager, Tankstellen, Hydrierwerke, Galvanikbetriebe, Härtereien, Weißblechwerke, Gaswerke, Kokereien, Kohlekraftwerke, Gerbereien und Lederverarbeitungsbetriebe,
- Chemikalienhandlungen,
- chemische Reinigungen,
- Kaliwerke, Salinen,
- Kernkraftwerke,
- Metallhütten,
- Sprengstofffabriken,
- Textilveredelungsbetriebe,
- Tierkörperverwertungsstellen,
- Zellulosefabriken,
- Zuckerfabriken.

(5) Lagerbehälter im Sinne dieser Verordnung sind ortsfeste oder zum Lagern aufgestellte ortsbewegliche Behälter. Kommunizierende Behälter gelten als ein Behälter.

Unterirdische Lagerbehälter im Sinne dieser Verordnung sind Behälter, die vollständig im Erdreich eingebettet sind. Behälter, die nur teilweise im Erdreich eingebettet sind sowie Behälter, die so aufgestellt sind, daß Undichtheiten nicht zuverlässig und schnell erkennbar sind, werden unterirdischen Behältern gleichgestellt. Alle übrigen Lagerbehälter gelten als oberirdische Lagerbehälter.

### § 3

#### Schutz in der Zone II

(1) In der Zone II sind genehmigungspflichtig

1. Baumaßnahmen an Wegen, Straßen, Bahnanlagen und sonstigen Verkehrsanlagen einschließlich Rastanlagen und Parkplätzen,
2. das Ändern oder Verfüllen bestehender Erdaufschlüsse,
3. das Bauen von Forstwirtschaftswegen,
4. Unterhaltungsmaßnahmen an Postkabeln, soweit diese aufgrund privatrechtlicher Gestattungsverträge außerhalb der öffentlichen Verkehrswege verlegt sind, und Stromkabeln sowie an Ver- und Entsorgungsleitungen; **Unterhaltungsmaßnahmen, die aus Gründen der Verkehrssicherheit oder zur Abwendung einer drohenden Gefahr**

**unabweisbar notwendig sind, sind der Unteren Wasserbehörde unverzüglich nachträglich anzuzeigen,**

5. die forstwirtschaftliche Anwendung von in Wasserschutzgebieten zugelassenen Pflanzenschutzmitteln aus Luftfahrzeugen,
6. der Kahlhieb oder eine diesem in der Wirkung gleichkommende Lichthauung über 1 ha.

(2) In der Zone II sind verboten

1. das Errichten, Erweitern oder wesentliche Ändern wassergefährlicher Anlagen,
2. das Errichten, Erweitern oder wesentliche Ändern von Anlagen zur Gewinnung, Herstellung, Auf-, Be- oder Verarbeitung von Kernbrennstoffen, zum Aufarbeiten bestrahlter Kernbrennstoffe und zum Erzeugen ionisierender Strahlen sowie das Lagern und Ablagern radioaktiver Stoffe,
3. das Errichten, Wiederherstellen, Erweitern, wesentliche Ändern oder die Nutzungsänderung von Gebäuden im Sinne der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Landesbauordnung - (BauO NW),
4. das Errichten, Wiederherstellen, Erweitern oder wesentliche Ändern von Abwasseranlagen,
5. das Einleiten von Abwasser in oberirdische Gewässer oder in den Untergrund,
6. Abfallentsorgungsanlagen jeder Art sowie Anlagen zum Lagern und Behandeln von Autowracks, Kraftfahrzeugschrott und Altreifen,
7. das Errichten von Rohrleitungsanlagen zum Transport wassergefährdender Stoffe,
8. das Sammeln, Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Umfüllen, Vertreiben, Verarbeiten, Anwenden wassergefährdender Stoffe,

#### **ausgenommen:**

- das zulässige Aufbringen von Nährstoffträgern nach Nr. 13,
- das zulässige Verwenden von Pflanzenschutzmitteln nach Nr. 11,
- der Transport wassergefährdender Stoffe nach Nr. 9,
- das Verwenden umweltfreundlicher (biologischer) Kettenschmieröle bei der Motorsäge (z. B. Rapsöl),

9. der Transport wassergefährdender Stoffe,

#### **ausgenommen:**

Durchtransport im Rahmen land- oder forstwirtschaftlicher Nutzung,

10. Güllebehälter, Festmistlager, Silagesilos und Silagemieten,
11. das Verwenden von in Wasserschutzgebieten nicht zugelassenen Pflanzenschutzmitteln, das unsachgemäße Verwenden zugelassener Mittel dieser Art und deren Anwendung aus Luftfahrzeugen,

#### **ausgenommen:**

die forstwirtschaftliche Anwendung von in Wasserschutzgebieten zugelassenen Pflanzenschutzmitteln aus Luftfahrzeugen bei Einhaltung eines Abstandsstreifens von 50 m zur Wasserschutzzone I,

12. das Aufbringen von Gülle, Jauche, Silagesicker-saft, Klärschlamm, Fäkallen und Abwasser auf land-, forstwirtschaftlichen oder gärtnerisch genutzte Flächen.
13. das Aufbringen sonstiger Nährstoffträger wie z.B. Mineraldünger, Festmist, Kompost auf land- und forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Flächen.

**ausgenommen:**

- das Aufbringen von Nährstoffträgern zum Zwecke der Düngung nach einem unter Beachtung der Beratungsempfehlungen der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe für jedes Wirtschaftsjahr und jede Wirtschaftsfläche (Schlag) erstellten Düngeplan; darin sind unter Berücksichtigung aller Nährstoffeinträge, dem Nährstoffangebot im Boden und dem Nährstoffbedarf der Pflanzen die einzelnen Nährstoffgaben einschließlich der mengenmäßigen und zeitlichen Verteilung festzulegen; Düngeplan und Beratungsempfehlungen haben den besonderen Schutz der Gewässer zu berücksichtigen,
  - forstliche Kompensationsdüngung zur Eindämmung neuartiger Waldschäden.
14. das Aufbringen von Nährstoffträgern bei der Besorgung der Abschwemmung,
  15. das Umwandeln von Dauergrünland (Wiesen und Weiden) in eine andere landwirtschaftliche oder gartenbauliche Nutzung,
  16. das Umwandeln von Wald über 1 ha,
  17. das Neuanlegen oder Erweitern von Intensivkulturen,
  18. das Bauen, Erweitern oder wesentliche Ändern von Wegen, Straßen, Bahnanlagen, Rastanlagen, Parkplätzen und sonstigen Verkehrsanlagen,
- ausgenommen:**  
Forstwirtschaftswege,
19. die oberirdische Gewinnung von Bodenschätzen (Abgrabungen), Erdaufschlüsse oder Bodeneingriffe jeder Art, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Deckschichten vermindert werden,
- ausgenommen:**
- die ordnungsgemäße, den besonderen Schutz der Gewässer berücksichtigende land- und forstwirtschaftliche Bodenbearbeitung,
  - Unterhaltungsmaßnahmen an Post- und Stromkabeln sowie an Ver- und Entsorgungsleitungen,
20. das Anlegen oder wesentliche Verändern von Fischteichen sowie das Betreiben von Netzfischhaltung,
  21. das Anlegen von Gräben oder oberirdischen Gewässern, die mit Abwasser oder wassergefährdenden Stoffen belastet sind, und das Anlegen von Gräben mit Fließeinrichtung zur Zone I,
  22. das Verwenden auswasch- oder auslaugbarer wassergefährdender Stoffe, insbesondere Bauschutt, Müllverbrennungsrückstände, Schlacken, teer- oder phenolhaltige Stoffe im Wasser- und

Forstwirtschaftswegebau und beim Errichten oder Erweitern von Lärmschutzwällen,

23. Bohrungen jeder Art,
24. Sprengungen,
25. das Errichten von Heizungs- und Kühlanlagen, die die Boden- oder Grundwassertemperatur ausnutzen (Wärmepumpen),
26. Zelten und Lagern,
27. Motorsportveranstaltungen,
28. Waschen von Fahrzeugen und Ölwechsel,
29. das Errichten, Erweitern oder wesentliche Ändern von Schießstätten,
30. das Einrichten von Baustellen, soweit hierbei Aufenthaltsunterkünfte, sanitäre Einrichtungen und Baustofflager geschaffen oder Maschinen gewartet werden,
31. das Veranstellen von Märkten, Volksbelustigungen, Ausstellungen oder ähnlichen Veranstaltungen.

§ 4

Schutz in der Zone I

(1) In der Zone I sind alle Handlungen verboten, die nicht dem ordnungsgemäßen Betrieb, der Wartung oder Unterhaltung des Wasserwerks und seiner Wassergewinnungsanlagen, der behördlichen Überwachung der Wasserversorgung oder der Ausübung der Gewässeraufsicht dienen.

(2) Betreten der Zone I ist nur solchen Personen gestattet, die im Interesse der Wasserversorgung handeln oder mit behördlichen Überwachungsaufgaben betraut sind.

(3) Land- und forstwirtschaftliche Maßnahmen sind verboten, soweit sie nicht der Erhaltung und Pflege der zum Schutz des Grundwassers notwendigen Grasnarbe und des Baumbestandes dienen. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und jegliche Düngung sind verboten.

§ 5

Militärische Übungen und Liegenschaften

Militärische Übungen sowie das Errichten, Verändern und Nutzen militärischer Liegenschaften haben im Einklang zu stehen mit dem durch Erlass des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen vom 12. Juni 1984 eingeführten Merkblatt-Entwurf - „Militärische Übungen und Liegenschaften der Streitkräfte in Wasserschutzgebieten“ - Stand: 21./22. Nov. 1983.

§ 6

Duldungspflichten

(1) Eigentümer und Nutzungsberechtigte von Grundstücken im Wasserschutzgebiet haben die wasserbehördliche Überwachung des Wasserschutzgebietes, insbesondere hinsichtlich der Befolgung der Vorschriften dieser Verordnung und der nach ihr getroffenen Anordnungen sowie die Beobachtung der Gewässer und des Bodens gemäß § 19 Abs. 2 Nr. 2, § 21 WHG und §§ 116, 117 und 167 Abs. 2 LWG zu dulden.

(2) Eigentümer und Nutzungsberechtigte von Anlagen und sonstigen Einrichtungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung bestehen und die nach

Maßgabe des sonstigen öffentlichen Rechts im Bestand und Betrieb geschützt sind (Bestandsschutz), haben zu dulden, daß solche Anlagen und Einrichtungen an die Vorschriften der Verordnung angepaßt oder beseitigt und erforderliche Sicherungsmaßnahmen getroffen werden (§ 19 Abs. 2 Nr. 2 WHG).

(3) Eigentümer und Nutzungsberechtigte von Grundstücken im Wasserschutzgebiet haben darüber hinaus zu dulden,

1. das Errichten, Betreiben und Unterhalten von Einrichtungen zur Sicherung der Zone I gegen unbefugtes Betreten,
2. das Aufstellen, Unterhalten oder Beseitigen von Hinweis-, Warn-, Gebots- und Verbotsschildern,
3. das Auffüllen von Mulden und Erdaufschlüssen,
4. das Betreten der Grundstücke durch Bedienstete der zuständigen Behörden zur Beobachtung, Messung und Untersuchung des Grundwassers und zur Entnahme von Bodenproben,
5. die Anlage und den Betrieb von Grundwasserbeobachtungsbrunnen,
6. das Errichten und Unterhalten von Anlagen zur Sicherung gegen Überschwemmungen und
7. das Beseitigen von Erdaufschlüssen oder Ablagerungen.

(4) Die Untere Wasserbehörde ordnet gegenüber den betroffenen Eigentümern oder Nutzungsberechtigten die gemäß Abs. 1 bis Abs. 3 zu duldenen Maßnahmen durch schriftlichen Bescheid an. Der Wasserwerksbetreiber und das Staatliche Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft sind vorher zu hören. Soweit bergrechtliche Belange berührt sind, ergeht die Entscheidung im Benehmen mit dem zuständigen Bergamt. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und dem Duldungspflichtigen bekannt zu geben. Der Wasserwerksbetreiber, das Staatliche Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft und, soweit beteiligt, das Bergamt, erhalten Abschriften nachrichtlich zur Kenntnis.

## § 7

### Genehmigungen

(1) Über Genehmigungen nach § 3 Abs. 1 entscheidet die Untere Wasserbehörde.

(2) Der Genehmigungsantrag (4-fach) soll alle Unterlagen (Beschreibungen, Pläne, Zeichnungen, Berechnungen und sonstige Nachweise) enthalten, die zur Beurteilung des Antrags erforderlich sind. Unvollständige Anträge können zurückgewiesen werden, wenn der Antragsteller die ihm mitgeteilten Mängel innerhalb der gesetzten Frist nicht behebt. Der Antragsteller ist darauf hinzuweisen.

(3) Die Untere Wasserbehörde beteiligt den Wasserwerksbetreiber und holt vor ihrer Entscheidung die Stellungnahme des Staatlichen Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft, bei fachspezifischen Fragen ggf. auch der Fachbehörden (z. B. Landwirtschaftskammer, Forstamt), ein. Sind Betriebe betroffen, die der Bergaufsicht unterliegen, entscheidet das zuständige Bergamt als Untere Wasserbehörde.

Will die Untere Wasserbehörde Bedenken des Staatlichen Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft nicht

Rechnung tragen, so hat sie die Weisung der Oberen Wasserbehörde einzuholen. Bei Vorhaben, die der Bergaufsicht unterliegen, ist die Weisung mit dem Regierungspräsidenten abzustimmen. § 6 Abs. 4 Satz 4 und Satz 5 gelten entsprechend.

(4) Genehmigungen können mit Bedingungen und Auflagen versehen und befristet werden. Sie können zurückgenommen oder nachträglich mit zusätzlichen Anforderungen versehen oder weiteren Einschränkungen unterworfen werden, soweit es das Interesse der öffentlichen Wasserversorgung gebietet und bei Erteilung der Genehmigung nicht voraussehbar war. Genehmigungen können für eine bestimmte Anzahl zukünftiger einzelner Handlungen gleicher Art erteilt werden.

(5) Genehmigungen erlöschen, wenn innerhalb von zwei Jahren nach Bestandskraft der Genehmigung mit der Ausführung des Vorhabens nicht begonnen oder die Ausführung ein Jahr unterbrochen worden ist.

(6) Einer besonderen Genehmigung nach den Vorschriften dieser Verordnung bedarf es nicht für Handlungen, die nach anderen Bestimmungen einer Erlaubnis, Bewilligung, Genehmigung, bergrechtlichen Betriebsplanzulassung oder sonstigen behördlichen Zulassung bedürfen, wenn diese von der Unteren Wasserbehörde oder mit deren Einvernehmen erteilt wird. Abs. 3 ist entsprechend anzuwenden.

(7) Bei allen Entscheidungen ist dem Schutzzweck dieser Verordnung Rechnung zu tragen.

## § 8

### Befreiungen

(1) Die Untere Wasserbehörde kann auf Antrag von den Verboten der §§ 3 Abs. 2 und 4 dieser Verordnung Befreiungen erteilen, wenn andere Rechtsvorschriften dem nicht entgegenstehen und

1. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern oder
2. Verbote zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen und die Abweichungen mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere des Gewässerschutzes im Sinne dieser Verordnung vereinbar sind.

(2) Dem Wasserwerksbetreiber können auf Antrag von der Unteren Wasserbehörde Befreiungen von Verboten dieser Verordnung erteilt werden, soweit dies zum Betrieb des Wasserwerks erforderlich und mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit vereinbar ist.

(3) Im übrigen gelten die Vorschriften des § 7 entsprechend.

## § 9

### Entschädigungen und Ausgleichszahlungen

(1) Stellt eine Anordnung nach dieser Verordnung eine Enteignung dar, befindet die Obere Wasserbehörde auf Antrag des Betroffenen über die Entschädigung gemäß § 19 Abs. 3, § 20 WHG, § 15 Abs. 2 und §§ 134 und 135 LWG.

(2) Setzt eine Anordnung nach dieser Verordnung erhöhte Anforderungen fest, die die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Nutzung eines Grundstückes beschränken, so ist für die dadurch verursachten wirtschaftlichen Nachteile auf Antrag eines Beteilig-

ten durch die Obere Wasserbehörde gemäß § 19 Abs. 4 WHG, § 15 Abs. 2 und 3 LWG ein angemessener Ausgleich festzusetzen, soweit nicht eine Entschädigungspflicht besteht.

Der Antrag setzt voraus, daß die Beteiligten sich ernsthaft um eine gütliche Einigung vergeblich bemüht haben.

#### § 10

##### Überwachung

Bestehende Anlagen oder Einrichtungen im Wasserschutzgebiet sind von Amts wegen durch die Untere Wasserbehörde - ggf. unter Beteiligung des Statlichen Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft - zu überprüfen und zu überwachen.

#### § 11

##### Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG oder § 161 Abs. 1 Nr. 2 LWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach § 3 Abs. 1 dieser Verordnung genehmigungspflichtige Handlung ohne Genehmigung nach § 7 vornimmt.

(2) Ordnungswidrig im Sinne von § 41 Abs. 1 Nr. 2 WHG oder § 161 Abs. 1 Nr. 2 LWG handelt auch, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach §§ 3 Abs. 2 oder 4 dieser Verordnung verbotene Handlung ohne Befreiung nach § 8 vornimmt.

(3) Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Deutsche Mark geahndet werden.

#### § 12

##### Andere Rechtsvorschriften

Die in anderen Rechtsvorschriften vorgesehenen Anzeige-, Genehmigungs-, Duldungs- oder Zulassungspflichten, Beschränkungen oder Verbote bleiben unberührt.

#### § 13

##### Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt eine Woche nach dem Tage ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Arnsberg in Kraft und gilt 40 Jahre.

Arnsberg, 4. Mai 1990

Der Regierungspräsident

gez. Berve

Abl. Reg. Abg. 1990, S. 271

#### 825. Berichtigung:

In der Verordnung „Steinberg“, Seite 264, § 5 Absatz 1, 6. Zeile

muß es nicht heißen - Wiederaufforstung sondern  
- Wiederaufforstung.

Abl. Reg. Abg. 1990, S. 276

## RUNDVERFÜGUNGEN

### 5

#### Kataster- und Vermessungs- Angelegenheiten

#### 826. Vertretung eines Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs

Der Regierungspräsident Arnsberg, 20. 6. 1990  
33.2412

Der Vermessungsassessor Dipl.-Ing. Johannes Friedrich Droste ist gem. § 7 (3) der Berufsordnung für die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure in NRW vom 27. 4. 1965 (SGV. NW. 7134) für die Zeit vom 18. 6. 1990 - 17. 7. 1990 zum Vertreter des Öffentl.best.VermIngenieurs Dipl.-Ing. Manfred Hesse in Sundern bestellt worden.

An die Oberstadt- und Oberkreisdirektoren des Bezirks

Abl. Reg. Abg. 1990, S. 276

#### 827. Vermessungsgenehmigung II bei Katastervermessungen

Der Regierungspräsident Arnsberg, 21. 6. 1990  
33.2416

Auf Antrag habe ich dem Öffentl.best.VermIngenieur Dipl.-Ing. Gerhard Gramann in Arnsberg 1 unter dem Vorbehalt des Widerrufs die Vermessungsgenehmigung II nach Nr. 5 (1) des RdErlasses des Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentl. Arbeiten vom 5. 4. 1962, zuletzt geändert durch RdErl. des Innenministers vom 30. 6. 1982 (SMBI. NW. 71342) für den Staatl. gepr. VermTechniker Andreas Skrzypek erteilt. Die Genehmigung gilt ab 25. Juni 1990.

Wegen der Arb.Gemeinschaft mit dem ÖbVI Heinrich Gramann gilt die Verm.Genehmigung für beide Öffentl.best.VermIngenieure gemeinschaftlich.

An die Oberstadt- und Oberkreisdirektoren des Bezirks

Abl. Reg. Abg. 1990, S. 276

#### 828. Erlöschen einer Vermessungsgenehmigung II

Der Regierungspräsident Arnsberg, 20. 6. 1990  
33.2416

Der Vermessungsingenieur Bruno Rödszus ist am 31. 5. 1990 aus den Diensten des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs Dipl.-Ing. Helmut Pomrenke in Dortmund 1 ausgeschieden. Die mit meiner Verfügung vom 14. 3. 1990 erteilte Vermessungsgenehmigung II ist damit erloschen.

An die Oberstadt- und Oberkreisdirektoren des Bezirks

Abl. Reg. Abg. 1990, S. 276

4716 Bödefeld

4717 Niedersfeld



Eggenberg

Rimbürg

Elberfelder Hütte

Hoher Hagen

Wasserschutzbereich  
 Quelle Huckesohl  
 1 : 25.000

Vervielfältigt durch StAWA Hagen mit Gen. des LVA